

Anfänge europäischer Integration im Zeichen des Kalten Krieges





Z2h0ljtzOjQ6ljYw¶meters%5B1%5D=MG0iO3M6NzoiYm9keVRhZyI7czo0MToiPGJvZHkgc3R5bGU9Im1hcmdpbjowOyBi¶meters%!

Trotz anhaltend niedriger Wahlbeteiligung und Zunahme von europaskeptischen und rechtspopulistisch-nationalistischen Parteien bei den Europawahlen 2014 gilt die europäische Einigung und die Herausbildung der Europäischen Union nach wie vor den meisten der rund 500 Millionen EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern als wichtiger Meilenstein in der Entwicklung dieses von Krisen und Kriegen geschüttelten Kontinents. Das Nobelpreiskomitee in Stockholm hat nicht umsonst im Jahre 2012 der EU deshalb für ihre friedens- und freiheitssichernde Funktion den Friedensnobelpreis vergeben. Allerdings wachsen derzeit die Ansprüche an die EU rasant. In Konkurrenz mit den USA und den asiatischen Großräumen soll die EU die Zukunftsfähigkeit des "alten Kontinents" ermöglichen, soll neue Wachstumskraft und Innovationspotenzial generieren, um im globalen ökonomischen, ökologischen und sozialen Konkurrenzkampf langfristig zu bestehen. Sogar bei den Europa-Enthusiasten droht aktuell Ernüchterung, ja Enttäuschung um sich zu greifen. Der Europäische Einigungsprozess befindet sich – mal wieder – in der Krise. Er drohe, so der gerade wiedergewählte Präsident des EU-Parlaments, Martin Schulz, gar zu scheitern. In die Kritik geraten dabei häufig die Institutionen und komplexen Entscheidungsprozesse innerhalb der Europäischen Union, denen nachgesagt wird, nur sehr schwerfällig und überbürokratisch zu agieren. Nicht selten werden die Brüsseler Strukturen gar als "Moloch" denunziert. Übersehen wird dabei häufig, dass insbesondere diese Institutionen historische Ursachen haben. Aus unterschiedlichen nationalen aber auch einer europäischen Perspektive werden die Nachkriegsjahre bis zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) im Jahre 1957 rekonstruiert. Von Anfang an gab es dabei ein Ringen von nationalen Souveränitätsansprüchen, von Ansätzen gouvernementaler Kooperation und sogar von Bestrebungen, neue supranationale Strukturen in Europa zu schaffen.

"Stunde Null" oder Befreiung vom "Faschismus"?

Heute wird der militärische Sieg über die nationalsozialistische Herrschaft in großen Teilen von Europa durch die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg fast durchweg als "Befreiung vom Nationalsozialismus" bezeichnet. Allerdings überwogen in der Bundesrepublik Deutschland der unmittelbaren Nachkriegszeit zunächst überwiegend Begriffe wie "Zusammenbruch" oder "Stunde Null", die eher auf die materielle Not, die Zerstörungen, die Demontagen, Flucht und Vertreibung sowie den Aspekt des Neuanfangs verwiesen. In der DDR wurde an den 8. Mai 1945 dagegen von Anfang an als Tag der Befreiung gefeiert. Die DDR beanspruchte für sich, von Anfang an antifaschistisch aufgestellt gewesen zu sein, weswegen sie auch keine Verantwortung für die nationalsozialistischen Gräueltaten zu übernehmen bereit war. Dies stieß bei vielen Nachbarn Deutschlands auf Unverständnis.

Der Wandel im Westen wurde insbesondere durch eine Rede des damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 anlässlich des 40. Jahrestages des Kriegsendes in Europa eingeleitet. Nicht mehr Kapitulation und Niederlage, sondern die Beendigung der Diktatur wird seither in den Mittelpunkt des Gedenkens gestellt, obwohl von Weizsäcker in seiner Rede durchaus auf die Zwiespältigkeit des Jahrestages hinwies:

"Wir Deutschen begehen den Tag unter uns, und das ist notwendig. [...] Wir brauchen und wir haben die Kraft, der Wahrheit, so gut wir es können, ins Auge zu sehen, ohne Beschönigung und ohne Einseitigkeit. [...] Der 8. Mai ist für uns Deutsche kein Tag zum Feiern. Die Menschen, die ihn bewusst erlebt haben, denken an ganz persönliche und damit ganz unterschiedliche Erfahrungen zurück. Der eine kehrte heim, der andere wurde heimatlos. Dieser wurde befreit, für jenen begann die Gefangenschaft."


Kalter Krieg und Marshall-Plan-Hilfen

Eine zentrale Rolle für die westeuropäische Integration spielten nach 1945 nicht nur die politischen Umstürze und Gleichschaltungen in den von der sowjetischen Armee besetzten Gebieten in Mittel- und Osteuropa, sondern auch die von den USA als Wiederaufbauprogramm formulierte "Marshall-Plan-Hilfe". Das "European Recovery Program" (ERP) war ein Wirtschaftswiederaufbauprogramm der USA, das nach dem Zweiten Weltkrieg dem an den Folgen des Krieges leidenden Westeuropa zugute kam, prinzipiell aber auch den osteuropäischen Staaten angeboten wurde. Es bestand, vereinfacht ausgedrückt, aus Krediten, Rohstoffen, Lebensmitteln und Waren, vor allem aus den USA. Das 12,4-Milliarden-Dollar-Programm wurde am 3. April 1948 vom Kongress der Vereinigten Staaten verabschiedet und noch am selben Tag von US-Präsident Harry S. Truman in Kraft gesetzt. Im gesamten Zeitraum (1948–1952) leisteten die USA bedürftigen Staaten der "Organisation for European Economic Cooperation" (OEEC) Hilfen im Wert von insgesamt 13,1 Milliarden Dollar. Die Sowjetunion und die osteuropäischen Staaten wurden ebenfalls zu den Beratungen über die Hilfe der USA eingeladen. Sie zogen sich jedoch bald daraus zurück und verboten den osteuropäischen Staaten, die unter ihrem Einfluss standen, sogar jede Teilnahme, auch der vor 1948 noch demokratisch regierten Tschechoslowakei.

Der Auslöser für die Entscheidung, die europäischen Länder einschließlich Deutschland zu unterstützen, war der beginnende Kalte Krieg. Als Reaktion u. a. auf den Bürgerkrieg in Griechenland verkündete Truman am 12. März 1947 die Truman-Doktrin, nach der die USA alle "freien Völker" im Kampf gegen totalitäre Regierungsformen unterstützen wurden. Griechenland war den Beschlüssen der Kriegskonferenzen zufolge britisches Einflussgebiet. Trotzdem unterstützte die Sowjetunion offen die dortigen Kommunisten im Bürgerkrieg. Schon vor der Bekanntgabe des Marshallplanes gab es Pläne zum Wiederaufbau Europas. US-Außenminister James F. Byrnes präsentierte in einer Rede in Stuttgart am 6. September 1946 z. B. bereits eine frühe Version des Planes.

Die Byrnes-Rede (<http://www.byrnes-rede.de/>)


Quelle: Kalb, Jürgen (2014): Anfänge europäischer Integration im Zeichen des Kalten Krieges. In: Deutschland & Europa. Die ersten Nachkriegsjahre-Europa nach 1945. Heft 68-2014. S.3-9.

 Nach oben

Übersicht zum zweiten Weltkrieg

Lesen Sie weiter!

- [8. Mai 1945 - Kriegsende \(/kriegsende\)](#)
- [Adolf Hitler \(/kriegsende-hitler\)](#)
- [Beginn Zweiter Weltkrieg \(/beginn-zweiter-weltkrieg\)](#)
- [Der Zweite Weltkrieg \(/kriegsende-zweiter-weltkrieg\)](#)
- [Neubeginn \(/kriegsende-neubeginn\)](#)
- [Kriegsende in Baden-Württemberg \(/kriegsende-baden-wuerttemberg\)](#)
- [Die Nürnberger Prozesse \(/nuernberger-prozesse\)](#)
- [Europäische Integration \(/kriegsende-europ-integration\)](#)
- [1945 und heute \(/kriegsende-1945undheute\)](#)
- [Materialien \(/materialien-kriegsende\)](#)
- [Links \(/links-kriegsende\)](#)

 Nach oben

Folgen Sie uns auf



(<https://www.facebook.com/lpb.bw.de>)



(<https://twitter.com/lpbw>)



(<https://www.instagram.com/lpb.bw>)



(<https://www.youtube.com/user/lpbw>)